

70% des alpenquerenden Güterverkehrs finden heute auf der Schien statt – doch seit 2021 steigen die Transporte über LKW wieder.

Vor 30 Jahren wurde die Verlagerung auf die Schiene im Grundgesetz verankert - Viel wurde erreicht, doch mehr bleibt zu tun

Verlagerung 1994 sagte das Schweizer Stimmvolk überraschend Ja zur Alpeninitiative. Der Schutz des Alpenraumes vor den negativen Folgen des Transitstrassenverkehrs ist seither in der Verfassung (Grundgesetz) verankert und im Artikel 84 in drei Absätzen geregelt. Das Resultat lässt sich sehen: Heute finden deutlich über 70% des alpenquerenden Güterverkehrs auf der Schiene statt.

Allerdings steigt seit 2021 die Zahl der Lastwagenfahrten durch die Alpen wieder. 2022 betrug die Fahrtenzahl 927 000 (dies entspricht einem Anstieg von 7,5% im Beobachtungszeitraum 2020 bis 2022). Damit wird die eindrückliche Erfolgsgeschichte der bisher erfolgreichen Verlagerungspolitik in der Schweiz nicht weitergeschrieben und das im Gesetz festgehaltene Verlagerungsziel von 650000 Lastwagenfahrten durch die Alpen nach wie vor überschritten.

Auch 30 Jahre nach dem Abstimmungserfolg wird der Güterverkehr noch nicht konsequent auf die Schiene verlagert. Die stagnierende Verlagerung steht im Widerspruch zu den Massnahmen für Klima, die Umwelt, für weniger Lärm und Unfälle, monierte die Alpenschutzorganisation anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der erfolgreichen Volksabstimmung am 20.02.1994.

Flächendeckend fördern, über den **Alpentransit hinaus**

So fordert die Alpen-Initiative verstärkt wirksame Massnahmen für die Verlagerung des Güterverkehrs von der

Strasse auf die Schiene: "Der Alpenschutz ist kein Selbstläufer," sagte Jon Pult, Präsident und Nationalrat, "es braucht wirksame Massnahmen und die nötige Unterstützung des Bundes, damit die Schiene im Wettbewerb mit der Strasse eine faire Chance hat." Neu ist, dass diese Maßnahmen nun flächendeckend, also landesweit auch im Flachland und für den Binnenverkehr greifen sollen. Da der jetzige Vorschlag des Bundesrates jedoch nur den Status quo erhalten will, setzt sich die Alpen-Initiative für ein ambitioniertes, verbindliches Güterverlagerungsziel für das ganze Land ein. Zudem sollen finanzielle Fördermittel des Bundes im Sinne von "gleich langen Spiessen" für alle Transportträger bereitgestellt werden. Schliesslich gelte es auch, technische Innovationen zu fördern.

Auch Ferien- und Freizeitverkehr im Visier

Um die Bevölkerung vor dem Verkehr durch die Bergdörfer zu schützen, sind schnelle und mutige Lösungen gefragt: Ein intelligentes Verkehrsmanagement, das den Verkehr auf dem übergeordneten Strassennetz hält und Spitzen bricht sowie zu mehr Verlagerung des Ferien- und Freizeitverkehrs auf die Bahn führt. Die Alpen-Initiative fordert den Bundesrat auf, auch hier aktiv zu werden. Am augenscheinlichsten trifft dies an Wochenenden und während den Ferienzeiten auf der Gotthard-Achse zu. Die jeweils mehrere Kilometer langen Staus vor den Portalen des Gotthard-Strassentunnels verleiten die Fahrzeuglenker zu teils abenteuerlichen

und für grosse Fahrzeuge nicht geeignete Umwegefahrten durch enge Dörfer. Dies behindert sowohl den Lokalverkehr der Einheimischen wie den Einsatz der Blaulichtorganisationen.

Alpentransit weiter stärken, u.a. durch niedrigere Energiepreise

Um dem verfassungsmässigen Alpenschutz gerecht zu werden, setzt die Alpen-Initiative ihre Anstrengungen fort und wird ihre ursprünglichen Ziele noch verstärkt bearbeiten:

- Die Strasse soll die externen Kosten vollumfänglich tragen. Diese sind mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) noch nicht restlos abgegolten.
- Die Fördermittel müssen erhöht beziehungsweise verlängert werden.
- Die Bahnstrom- und Trassenpreise sollen dem tieferen europäischen Niveau angeglichen werden.
- Ab 2030 sollen nur noch einfach zu verladende Auflieger in der Schweiz verkehren, um den Zugang zur Schiene so zu erleichtern.

"Der Bundesrat hat kürzlich seine Pläne für eine Weiterentwicklung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) in die Vernehmlassung geschickt. Der Vorschlag der Landesregierung enthalte zwar wichtige Updates von überholten Regelungen, allerdings verpasse er es, die LSVA für die aktuellen und sich abzeichnenden Herausforderungen im Güterverkehr fit zu machen," schreibt die Alpen-Initiative in einer ersten Stellungnahme. Mit ihrem Engagement ist also weiter zu rechnen.

RB 18.3.24 (km)

10